

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 74 (1994)

Heft: 7-8

Artikel: Kulturnation? : Anmerkungen zu einem politik-ästhetischen Begriff

Autor: Görner, Rüdiger

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165305>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

keit, die sich von den traditionellen Koordinaten politischen Denkens und Handelns nicht trennen mag. Selbst die gewalttätigen Reaktionen jugendlicher Barden auf die Umbrüche in beiden Teilen Deutschlands lassen noch erkennen: Im Zeichen der grossen Unübersichtlichkeit ist das gewalttätige Dagegen-Sein ein Ausdruck der Sehnsucht nach bipolarer Ordnung, in der klar nach «Freund» und «Feind» unterschieden werden kann. Auch der Antifaschismus hat trotz seiner totalitären Hypothek wieder an Aktualität gewonnen. Der neue Rechtsradikalismus, der in Deutschland seit Auschwitz andere Konnotationen hat als etwa in Italien, Frankreich oder England, verlangt scheinbar nach «Gegenkonzepten». Doch die Beschwörung eines antifaschistischen Konsenses schleppt

immer auch jenen antiliberalen Impuls mit sich, welcher der Weimarer Republik so geschadet hat und der neuen bundesdeutschen Demokratie nicht nützt.

Die grosse Herausforderung für die neue Bundesrepublik besteht in einer sozialen und politischen Integrationsleistung.

Demokratie ist eben nicht nur Wohlfahrtsstaat plus Parlamentarismus, sondern auch Bürgertugend (und ziviler Ungehorsam), individuelle Selbstverantwortlichkeit (und Gemeinsinn), Interessenpolitik (und Ausgleich). Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist womöglich noch klarer geworden, dass es in der Bundesrepublik wieder einmal um eine aktive Inbesitznahme und Belebung der Demokratie geht und nicht nur um die Verbesserung ihrer Verwaltung. ♦

ANTONIA GRUNENBERG

RÜDIGER GÖRNER,
geboren 1957, lehrt
Neuere deutsche
Literatur- und Kultur-
geschichte an der Aston
University (England).
Mitarbeiter zahlreicher
Zeitungen und Zeit-
schriften, u. a. «Neue
Zürcher Zeitung», «Neue
Gesellschaft/Frankfurter
Hefte». Jüngste Buch-
veröffentlichungen:
«Beethovens Briefe und
Aufzeichnungen» (Insel
Verlag), Hölderlins Mitte
(iudicium Verlag,
München). Lebt seit
1981 in London.

KULTURNATION?

Anmerkungen zu einem politik-ästhetischen Begriff

Meint Staatsnation auch schon Kulturnation? Angesichts des erstarkenden deutschen Nationalbewusstseins empfiehlt es sich, die beiden Begriffe in ihrer gegenwärtigen und historischen Wechselwirkung zu überprüfen.

Angesichts der Vereinigung der beiden deutschen Staaten scheint es geboten, einen abschwellenden Schwungesang auf die allzu deutsche Differenzierung zwischen *Staatsnation* und *Kulturnation* anzustimmen. Denn die vereinigte, föderalistisch strukturierte deutsche Staatsnation ist, zumindest nominell, wieder identisch geworden mit jener in der Vergangenheit oft metapolitisch verstandenen Idee der Kulturnation. Die kulturelle Tradition sollte, aus der Sicht der Intellektuellen, die politische Zersplitterung der Nation kompensieren; das traf für das Jahrhundert vor Bismarcks problematischem Einigungswerk ebenso zu wie nach dem verbrecherischen Bankrott des deutschen Nationalstaates, der zu seiner Spaltung führte. Selbst in Form von Trümmern galt die «Kultur» als probates

Bindemittel, wobei der Anschein erweckt wurde, dass sie, anders als der Staat, im Prinzip keinen dauerhaften Schaden davongetragen habe.

Kultur und Zivilisation – Trennung oder Durchdringung?

Nach 1918 konnte Friedrich Meinecke, auf den diese begriffliche Differenzierung des Nationalen zurückgeht, erleichtert feststellen: «Die geistige Freiheit der Persönlichkeit, eingebettet in die lebendige Gemeinschaft der Kultur- und Staatsnation, haben sich dadurch (gemeint ist der «Sieg über den Bolschewismus»), zwar nicht unlädiert, unter uns behaupten lassen.» In seiner grundlegenden Erörterung über «Weltbürgertum und Nationalstaat» (1908) hatte Meinecke das Verhältnis von

«staatlich verfasster Wirklichkeit» und Tradition untersucht, wobei er die Idee der Kulturnation nicht, wie seine späteren Kritiker ihm vorwerfen sollten, mythisch verstand; vielmehr sah er sie im konkreten Brauch, in den Sprachformen und im jeweiligen Kunstwerk verwirklicht, und zwar nicht im Sinne eines Gegensatzes zum Staat, sondern als seine kulturelle Entsprechung. Vor dem Hintergrund der Krise in der Weimarer Republik präzisierte Meinecke diesen Gedanken weiter und erweiterte ihn ins Ethische. Er forderte, dass die «Staatsnation auf dasselbe sittliche Niveau wie die Kulturnation» gehoben werden müsse. Mit dieser Auffassung wandte sich Meinecke wie übrigens auch Ernst Troeltsch in seinen «Spektator-Briefen» gegen den Versuch, Kultur und Zivilisation, Geist und Politik gegeneinander auszuspielen, wie dies während des Ersten Weltkrieges vor allem Thomas Mann in seinen «Gedanken im Kriege» und in den «Betrachtungen eines Unpolitischen» vorgeführt hatte: «Zivilisation und Kultur sind nicht nur nicht ein und dasselbe, sondern sie sind Gegensätze, sie bilden eine der vielfältigen Erscheinungsformen des ewigen Weltgegensatzes und Widerspieles von Geist und Natur.» Selbst in seinem Bekenntnis zum neuen Staat, zu dem er sich mühsam genug hatte durchringen müssen, in seiner Rede «Von deutscher Republik», hielt Thomas Mann an dieser Unterscheidung fest.

Die wechselseitige Durchdringung beider Bereiche forderte dagegen auch der Humanist Albert Schweitzer in seiner Abhandlung über «Kultur und Ethik» (1923). Er verurteilte die «Versuche, zwischen Kultur und Zivilisation» zu trennen, da sie nur darauf hinausliefen, «dem Begriff der nichtethischen Kultur neben dem der ethischen Geltung zu verschaffen». Für Schweitzer stand fest, dass die «nichtethische Kultur» ideologisch manipulierbar sein konnte, da ihr, mit Troeltsch gesagt, die «Gewissensmoral» fehle.

Beschwörend geradezu forderte Hugo von Hofmannsthal bei einem seiner letzten öffentlichen Auftritte die wechselseitige Durchdringung von Kultur und Nation, Geist und Zivilisation: «Nichts ist im politischen Leben der Nation Wirklichkeit, das nicht in ihrer Literatur als Geist vorhanden wäre ...», sagte er in seiner ver-

mächtnishaften Rede «Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation».

Abschliessend rief er in ihr zur «politischen Erfassung des Geistigen und der geistigen des Politischen».

Unter den Befürwortern einer «konservativen Revolution» nahm damit Hofmannsthal eine Sonderstellung ein: Weder argumentierte er, wie Oswald Spengler, antiwestlich, noch strebte er die Trennung von Kultur und Zivilisation an. Vielmehr ging es ihm um eine kultivierte Zivilisation, beziehungsweise um eine zivile Kultur, die sich freilich vor allem an der Literatur zu orientieren hätte. Dies war durchaus aufklärerisch gedacht. Aufklärerisch insofern, als die Debatte über eine literarisch begründete Kulturnation massgeblich auf jene Diskussion zurückgeht, die Friedrich der Grosse mit seinem Traktat «De la littérature allemande» (1780) ausgelöst hatte. Darin warf Friedrich den Deutschen vor, es zu keiner nennenswerten («geschmackvollen») Literatur gebracht zu haben; somit könnten sie (noch) keine wirkliche Kulturnation bilden. Die vielfältigen Reaktionen auf Friedrichs Provokation, allen voran Justus Mösers Abhandlung «Über die deutsche Sprache und Literatur» (1781), wiesen dem königlichen Kritiker nach, dass er nicht auf der Höhe seiner Zeit in Sachen Literatur gewesen sei; man hielt ihm Lessing, Wieland, Klopstock und Bürger entgegen, und Möser betonte, dass der «Götz von Berlichingen» des jungen Goethe aus dem «Nationalleben unserer Vorfahren» geschöpft habe. Möser verstand die Literatur hier als einen wesentlichen Beitrag zum kollektiven Gedächtnis. Ähnlich werden später die Romantiker argumentieren, August Wilhelm Schlegel beispielsweise, der seine fünfzehnte Vorlesung «Ueber dramatische Kunst und Litteratur» (1809) mit der Aufforderung an die Poeten beschliesst, «national-historische Trauerspiele» zu schreiben: «In diesen Spiegel (der «grossen Vorzeit» der Nation – der Verf.) lasse uns der Dichter schauen, sey es auch zu unserm tiefen Schamerröthen, was die Deutschen vor Alters waren, und was sie wieder werden sollen.» Ein kurioses Argument: Einerseits zu dem stehen, was man (als Volk) gewesen ist, andererseits keine Entwicklung über dieses Gewesene hinaus. «Rückwärtsgewandte Prophetie» hatte

**Friedrich der
Grosse warf den
Deutschen vor,
es zu keiner
nennenswerten
Literatur ge-
bracht zu haben;
somit könnten
sie (noch) keine
wirkliche Kultur-
nation bilden.**

dies sein Bruder *Friedrich* genannt, doch dabei Entwicklung keineswegs ausgeschlossen.

Bemerkenswert, dass Wieland, der verständlicherweise auch zu den Kritikern des königlichen Traktats gehörte, seinerseits keineswegs nur die «*Kultur*», sprich: Literatur, als Grundlage nationaler Identitätsfindung gelten liess, sondern sehr konkret die Verfassungswirklichkeit, also den «*zivilen*» Teil der Kultur, zum Massstab des Kulturniveaus erklärte. In geradezu «*verfassungspatriotischer*» Absicht definierte er das Nationalgefühl als «*natürliche Frucht einer auf die Gerechtigkeit der Gesetze und die Zuverlässigkeit ihrer Vollziehung gegründeten Zufriedenheit des Volkes mit seinem Zustande*». Jedoch folgt ein Zusatz, der uns heute skeptisch machen muss: «... unter welcher Regierungsform es auch sei».

Wieland warnte vor allzu verkrampten Versuchen in Deutschland, angesichts der Französischen Revolution nun auch «*möglichst eilends*» patriotisch zu werden. Zur kollektiven Erinnerung, angeblich Quelle nationaler Begeisterung, gehörte für ihn auch, «*dass in meinen Schuljahren das Prädikat teutscher Michel eines von denen war, womit belegt zu werden einem jungen Allemandier nur um einen Grad weniger schimpflich war, als den Schul-Esel zu tragen*».

Was heisst «Nationalkultur»?

Bevor von einer Kulturnation überhaupt die Rede sein konnte, bedurfte es einer Verständigung darüber, was eine Nationalkultur sei. Jahre vor *Herder* hatte sich *Johann Joachim Winckelmann* in seinen Briefen aus Rom (1755/56) um eine Klärung dieses Begriffs bemüht. Für Winckelmann ist die Erfahrung der Fremde Ausgangspunkt und der Versuch, sie sich anzuvorwandeln. Rom-Reise und Idealisierung Griechenlands wurden für ihn Medium nationaler Selbstverständigung. Nicht das Mittelalter, nicht das, was «*die Deutschen von Alters*» waren, sondern das, was sie werden können: ein Kulturvolk nach griechischem Vorbild. «*Kultur*» wurde mithin selbst zum Mythos, der schon bei Winckelmann gegen den «*westlichen*» französischen Einfluss gerichtet war.

*Frauenkirche in Dresden:
Ihren Wiederaufbau
förderst weniger das kol-
lektive Gedächtnis als
vielmehr der Computer.*



Vergleicht man diesen Versuch, eine deutsche, literarisch geprägte Nationalkultur zu stiften, mit Friedrichs in seinem Urteil über die zeitgenössische Literatur zwar verfehlter, aber in seiner Intention durchaus diskussionswürdiger Polemik «*De la littérature allemande*», so wird man zugeben müssen, dass Friedrichs Ansatz im Prinzip zumindest der tatsächlich «*aufgeklärtere*» gewesen ist. Kultur war für ihn eben nicht anti-westlich, sondern umfassend okzidental, griechisch-römisch antik und französisch-westlich, ein umfassender Lernstoff, den er in, modern gesagt, diskursiver Offenheit zur Aneignung empfahl.

In der Folgezeit entwickelte sich die «*Kultur*» in Deutschland in Form eines Wechselspiels zwischen versuchter Integration des Fremden, vermeintlich Wahlverwandtem, ja Vereinnahmung mittels kongenialer Übersetzungen (wie im Falle der Werke *Shakespeares*) und emphatischer Abgrenzung gegen fremde Einflüsse. Lessing, Herder und Goethe liessen den Eindruck entstehen, als könne Shakespeare zum deutschen Nationaldichter avancieren, neben *Homer* natürlich. Das idealisierte Athen wurde zur deutschen Ersatz-Hauptstadt, Weimar in seiner charakteristischen Mischung aus Provinz und

Kosmopolitismus zum Zentrum der Kulturnation. Die Schaffung eines Nationaltheaters hatte scheinbar unbedingten Vorrang vor der Bildung einer Nationalversammlung. Das Theater verstand sich seitdem nicht selten als Schau-Platz der Kulturnation, ob als «moralische Anstalt» (Schiller), als Stätte politisch-gesellschaftlicher Veränderung (Brecht) oder als «eine Art neutraler Boden der Nation» (Botho Strauss).

Nationaler Kult oder patriotische Unterhaltungsshow

Die Antike und Shakespeare als Inspiziatoren der deutschen Kulturnation hielten zumindest vor und während der Goethezeit den national-germanisierenden Kult in Grenzen. Im Zuge der nationalen Geschichts- und Literaturgeschichtsschreibung nach 1830 und der am Monument ausgerichteten Nationalbewegung wurde aus der nationalen Idee in Deutschland eine Kulturnation, die sich rituell unter bürgerlichen Vorzeichen zelebrierte, ohne dass sie sich politisch hätte konstituieren können. Dieser Kult dominierte den Erwartungshorizont, vor dem dann 1848 die Paulskirche zu tagen begann, auf verhängnisvolle Weise. Das national-kultische Bewusstsein erwies sich als ungleich ausgebildeter als das demokratische Denken.

Das Monument ersetzte den Diskurs: Die Marienburg im Osten, der Kölner Dom im Westen, die Walhalla im Süden, den Kyffhäuser im Herzen, das waren die Koordinaten nationaler Befindlichkeit vor Bismarck, der dann seinerseits zum Objekt absurder Mythisierungen werden sollte. Die Denkmal-Sucht in Deutschland war bis zu ihrer nachhaltigen Verspottung durch Heinrich Mann ein fester Bestandteil der Kult(-ur-)nation gewesen.

So wurde zum Beispiel das Projekt einer Fortsetzung des Kölner Dombaus zu einer nationalen Aufgabe stilisiert und von national enthusiastisierten Fürsprechern der Eindruck erweckt, als baue man den deutschen Nationalstaat, wenn man sich für den Kölner Dom einsetzte. Eichendorff liess daran keinen Zweifel: «So trete denn das Deutsche Volk in allen seinen Stämmen und Gauen zusammen, so weit die Deutsche Zunge reicht, und stife seiner Eintracht und christlich brüderlichen Liebe

ein neues Denkmal, welches mit den Gedenken, die zusammen wirkenden Volksstämme geshmückt, Deutschlands ernsten Willen verkünde, dass dieser Tempel stets auf Deutschem Boden und unter Deutscher Obhut stehen soll.»

Die «Trümmer» des Domes, so Eichendorff, seien eine «unheimlich mahnende Erinnerung an vergangene Grösse» gewesen, gleichwohl im kollektiven Gedächtnis der Nation, das er voraussetzt, unerlässliche Steine des Anstosses. In diesem Kontext gesehen, regeneriere sich die Nation durch Restaurationsprojekte; die Kult(-ur-)nation etabliere sich qua Denkmalschutzverein als Erinnerungsgemeinschaft, die das Politische nur zu ihrer Testamentsvollstreckung benötige. Man wird gestehen müssen, dass dieser Aspekt kult(-ur-)nationalen Bewusstseins heute weitgehend der Vergangenheit angehört, auch wenn der Kaiser wieder seinen Platz auf dem Deutschen Eck gefunden hat. Die Diskussionen über die Wiedererrichtung des Stadtschlosses in Berlin und die Frauenkirche in Dresden haben gezeigt, dass hierbei das technische Spiel wichtiger ist als die Restauration nationaler Symbolik: In Dresden fördert den Aufbau dieses sakralen Monuments weniger das kollektive Gedächtnis als vielmehr der Computer. Und in Berlin konnte in postmodinem Habitus schon eine blosse Attrappe zureichend die Illusion und quasi-patriotische Gefühle nähren. Der technische oder versatzstückartige Effekt spielt nunmehr offenbar die Hauptrolle; die nationalen Identifikationsmuster werden zum sekundären Nebenprodukt. Beträchtlicher als die Wirkung auf das Kulturbewusstsein ist der kurzzeitig unterhaltsame Showcharakter des jeweiligen Restaurations- oder Rekonstruktionsprojekts.

¹ Zur Diskussion vgl. u. a.: Karl Heinz Bohrer/Kurt Scheel (Hrsg.), *Kultur? Über Kunst, Film und Musik. Sonderheft Merkur*. Stuttgart 1991; Dieter E. Zimmer, *Kultur ist alles. Alles ist Kultur. Über die sinnlose Erweiterung des Kulturbegriffs – und was dies bedeutet für die öffentlichen Etats*. In: *Die Zeit* vom 4. Dezember 1992. Dagegen argumentieren Ulrich Gläser/Thomas Röbke, *Zwanzig Jahre Soziokultur in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen jugendlichem Aufbruch und vorzeitiger Vergreisung?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 40/93 vom 1. Oktober 1993, bes. S. 9.

Kultur: Gradmesser der Demokratisierung

Der sich ständig erweiternde Kulturbegriff, einst als Gradmesser der Demokratisierung begrüßt, ist heute zu einem unscharfen Pankulturalismus verkommen, der von der «Streitkultur» bis zur «Kultur der Selbstzufriedenheit» alles umfasst, was einen gemeinsamen Diskurs-Nenner abgeben könnte¹. Das Auratisch-Anspruchsvolle der Kultur, ihr Ethos geht dabei

ebenso verloren wie der Sinn für das Besondere, die Anstrengung, die Leistung, die kulturellen Errungenschaften (bleibenden) Wert verleihen.

Wie ist es um die Idee der Kulturnation bestellt, wenn «*Kunst und Kultur*» nicht an sich goutiert, sondern hauptsächlich als Funktion für den «Standort Deutschland» verstanden werden, als Dekor des ökonomischen Fortschritts²? Um dabei aber die Eingangsfrage noch einmal zu wiederholen: Hat sie sich nicht überlebt, die Frage nach dem Wesen der Kulturnation, da doch seit 1990 keine ästhetisch begründete Ersatz-Nation mehr benötigt wird in Deutschland, da sie im nationalen (schon anachronistisch) geglaubten Rahmen deckungsgleich geworden sind, Staat und Nation? Schärfer formuliert: Verhindert das Festhalten an der Idee der Kulturnation nicht das Zusammenwachsen der Staatsnation? Meint nicht derjenige, der «Kulturnation» sagt, zwangsläufig immer ein zwei- oder mehrstaatliches Deutschland? Konservative Intellektuelle sprachen nach der politischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten sogar die Hoffnung aus, dass sich nun «auch eine Chance für die Beendigung der Rivalitäten und Animositäten zwischen Politik und Literatur» eröffnen könnte. Sie frohlockten: «Jetzt ist die «Normalität» jener notwendigen Spannung zwischen «Geist und Macht» erreichbar, wie sie anderswo – etwa in Frankreich – üblich war und die Regel ist.»

Kuriose Umkehr der Verhältnisse: Nach der Gründung der Weimarer Republik waren es die Linken, die zunächst glaubten, dass – in den Worten von Heinrich Mann – Literatur und Staat, Geist und Macht endlich «*Hand in Hand*» gingen, dass Kultur und Politik ein symbiotisches Verhältnis zueinander fänden. Thomas Mann nannte diese Hoffnung eine reine Torheit, eine Illusion, da es eine gehaltvolle Literatur nicht geben könne, wenn sie (politisch) zweckgebunden sei (Tagebucheintrag vom 20. Januar 1919).

Der immer wieder neu konstatierte Gegensatz von «Geist und Macht» in Deutschland ist wesentliches Merkmal seiner Kultur. Mithin ist nicht davon auszugehen, dass es bald zu einer Deckungsgleichheit von Kultur- und Staatsnation kommen kann. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass gerade die ostdeutschen

2 Vgl. Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland vom 3. September 1993, S. 8: «Auch Kunst und Kultur bestimmen die Attraktivität des Standortes Deutschland massgeblich mit. Die Bewahrung des kulturellen Erbes und ein dichtes und vielseitiges Kulturangebot sind ein wesentliches Element der Lebensbedingungen und damit auch der Entscheidungen zugunsten eines Standortes.»

Schriftstellerinnen und Schriftsteller geräume Zeit daran festhalten werden, dass sie an einer «Gegenkultur» zur westdeutsch dominierten Staatsnation arbeiten. Inzwischen zeigt es sich sogar, dass die Unterscheidung zwischen Kultur und Zivilisation wesentlich zu dieser «Arbeit» gehören wird. *Heiner Müller* etwa spricht von einer «*ökonomisch über- und kulturell unterentwickelten Zivilisation der ehemaligen Bundesrepublik*»; er gebraucht mithin das Vokabular der «Betrachtungen eines Unpolitischen».

Auch für *Günter Grass* ist das Beharren auf der Kulturnation die einzige mögliche Antwort auf die Vereinheitlichung des Lebens in Deutschland nach allzu westlichen Normen. Dabei geht er davon aus, dass die Kulturnation das bessere Deutschland darstelle, eben als Alternative zur Staatsnation. Dies wurde bereits in seiner Erzählung «Das Treffen in Teltge» (1979) erkennbar, in der es heisst: «*Einzig die Dichter, das sagt der (Friedens-)Aufruf (gegen Ende des Dreissigjährigen Krieges), wüssten noch, was deutsch zu nennen sich lohne. Sie hätten ... die deutsche Sprache als letztes Band geknüpft. Sie seien das andere, das wahrhaftige Deutschland.*» Der Mythos vom «*anderen Deutschland*», eine ins Geistige gesteigerte Version der «*Sonderwegs*»-These, ist eng verknüpft mit dem Glauben an eine unbeschädigte, vom Dichter gestiftete Kulturnation. Für Grass stand übrigens fest, ganz in der Tradition der «*Xenien*» Goethes und Schillers, dass es an der Veranlagung der Deutschen liege, «*keine Nation bilden*» und nur in «*kultureller Vielgestalt*» existieren zu können. Selbst *Günter de Bruyn* antwortete 1990 auf die umwälzenden Ereignisse in Deutschland mit bekenntnishaften «*Gedanken über die deutsche Kulturnation*» als dem massgebenden Gegenpol zu einheitlicher Staatlichkeit: «*Wer von Kulturnation redet, braucht sich vom ersten deutschen Nationalstaat, dem Bismarck-Reich, ... nicht schrecken zu lassen.*» Wer so argumentiert, leugnet, dass die Kulturnation unbedingt mitverantwortlich ist für das, was im Namen der Staatsnation geschehen ist. «*Staat*» und «*Kultur*» befinden sich in einer unauflöslichen Verantwortungsgemeinschaft. Wenn Grass behauptet, dass die Deutschen ihren Anspruch auf eine Nation durch Auschwitz verwirkt haben,

dann hätte er folgerichtig auch ergänzen müssen: auf die Existenz einer Kulturnation.

Dass es die Linke bis zur Selbstbemitleidung schwer hat mit der «nationalen Frage», dass sie nostalgisch die Alt-Bundesrepublik beschwört, empfiehlt sie nicht als glaubwürdige Vertreter einer neuen «Streitkultur»; ihre «Tabuisierung der nationalen Frage», ihre harsche Behandlung der Bürgerrechtsbewegung hat zu einem erheblichen Flurschaden in der politischen Kultur geführt, den die Neokonservativen ihrerseits zu nutzen gelernt haben. Von der Linken scheint nun ein pragmatisch-kritisches Nationalbewusstsein gefordert, aber keine weitere Ausflucht in kulturnational motivierte Ersatzhandlungen. Die neue Basis solchen Nationalempfindens scheint einzuleuchten: «die Lichterketten gegen Fremdenfeindlichkeit» zum Beispiel. Nicht mythischer Kult, sondern Sensibilisierung für notwendige moralische Aufgaben könnte Inhalt dieses Nationalbewusstseins sein.

Mass und Wert der Staatlichkeit

Ist somit die Kulturnation ein überflüssiger Begriff, wie etwa der «Verfassungspatriotismus», da es nun wieder einen realen Gegenstand nationalbewussten Denkens gibt, einen deutschen Nationalstaat und nicht «nur» eine Verfassung als Ersatz?

In seiner Definition des Verfassungspatriotismus sprach Dolf Sternberger (1979) von der (geschichtlichen) «Verschattung», aus der das Grundgesetz hervorgegangen sei. Des weiteren schrieb er: «Das Nationalgefühl bleibt verwundet, wir leben nicht im ganzen Deutschland. Aber wir leben in einer ganzen Verfassung, in einem ganzen Verfassungsstaat, und das ist selbst eine Art von Vaterland.» Die Verfassung prägt die politische Kultur, die ihrerseits sowohl Teil der Staatsnation wie der Kulturnation ist. Hermann Lübbe hat behauptet, Sternberger habe mit «Verfassungspatriotismus» ein «Selbstgefühl» gemeint, das sich vor allem dadurch bilde, «dass man Teilen der eigenen Vergangenheit

**Nicht mythischer
Kult, sondern
Sensibilisierung
für notwendige
moralische
Aufgaben könnte
Inhalt dieses
Nationalbewusst-
seins sein.**

zustimme». Er kritisiert dabei den Versuch von Jürgen Habermas, den Verfassungspatriotismus «inhaltlich auf die Übereinstimmung mit den universell geltenden Menschen- und Bürgerrechten im Grundgesetz schrumpfen» zu lassen. Schrumpfen? Ist die Garantie und Verwirklichung der Menschenrechte nicht etwa die massgeblichste Aufgabe einer Demokratie? Lübbe macht sich einer «Schrumpfung» des verfassungspatriotischen Bedeutungsgehalts schuldig, wenn er, bewusst irrtümlich, im Namen Sternbergers behauptet: «Jeder lebenskräftige Patriotismus, aus dem gerade auch die Demokratie lebt, erstreckt sich auf die eigene kulturelle und politische Herkunftsgeschichte, also auf das, wodurch wir uns von anderen unterscheiden.» Doch gerade diese «Herkunftsgeschichte» erweist sich besonders im Falle Deutschlands als Verflechtungsgeschichte – im Kulturellen wie im Politischen. Sternberger hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den vagen, gefühltsbeladenen, immer am Irrationalen grenzenden Patriotismus mit verfassungspolitischer Konkretheit zu verbinden, die Menschenrechte im Sinne einer Zivilgesellschaft den Deutschen als «Katechismus» anzuempfehlen. Er betonte eben nicht nur (wie Lübbe) das «Selbstgefühl», sondern reflektierte den «verschatteten» Teil der deutschen Identität ebenso wie ihren europäischen Kontext. Wer die nationalen Verschiedenheiten betont, sollte ergänzen, dass sie sich nur dann für alle fruchtbar entfalten, wenn die Nationen gleichzeitig ihre Gemeinsamkeiten entwickeln oder «kultivieren».

Die Kulturnation (wie der Verfassungspatriotismus) bleibt somit als Anspruch bestehen, als Mass und Wert wie auch als Sinn und Form der Staatlichkeit. Meineckes Wort von 1925 bewahrheitet sich auf neue, überraschende Weise: Die Staatsnation muss sich sittlich bewahren und an der Idee der Kulturnation orientieren. Die Kulturnation wiederum wird nicht umhin können, sich politisch in die Pflicht nehmen zu lassen; von der Intensität dieser Wechselwirkung hängt der Wert des Nationalbewusstseins in Deutschland ab. ♦

RÜDIGER GÖRNER